

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Erich-Wander)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 52.

Berlin, Sonnabend, 29. Juni 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Versicherungsanstalten. — Verband der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfstraßenverkehrsbeamten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Versicherungsanstalten.

Die Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes bringen wie früher so auch in diesem Jahre eine Statistik über die Beträge, die von den Trägern der Invalidenversicherung bis Ende 1911 zu gemeinnützigen Zwecken angelegt worden sind.

Seit dem Jahre 1900, also innerhalb von 12 Jahren nach dem Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899, sind diese Vermögensanlagen um mehr als das Fünffache ge-
 itiegen. Es betragen nämlich:

am Schlusse des Jahres	die Gesamt- anlagen für gemeinnützige Zwecke		Davon waren zurück- gezahlt		Auf Grund des Gesamt- vermögens waren zurückgezahlt
	Mill. Mk.				
	1	2	3	4	
1900	198,7	—	—	—	—
1901	277,9	17,1	260,8	6,2	—
1902	323,1	21,7	301,4	6,7	—
1903	365,9	29,5	336,4	8,1	—
1904	418,0	38,5	379,5	9,2	—
1905	473,7	48,9	424,8	10,3	—
1906	538,2	58,4	479,8	10,9	—
1907	624,8	68,8	556,0	11,0	—
1908	720,0	85,7	634,3	11,8	—
1909	829,8	107,0	721,4	13,0	—
1910	937,0	124,1	812,9	13,2	—
1911	1022,0	141,3	881,6	13,8	—

Stellt man das Gesamtvermögen der Versicherungsanstalten gegenüber, so erhält man folgende Uebersicht:

am Schlusse des Jahres	Betrag des Gesamt- vermögens sämtlicher Versicherungsanstalten		Auf Grund des Gesamt- vermögens betragen die gemeinnützigen Anlagen rund
	Mill. Mk.		
1904	1160,4	370,5	32,7
1905	1237,5	424,6	34,3
1906	1318,5	479,8	36,4
1907	1404,1	556,0	39,0
1908	1489,6	643,3	43,2
1909	1574,1	721,4	45,9
1910	1662,2	812,9	48,9

Vergleichbare Werte für das Jahr 1911 konnten in diese Uebersicht nicht aufgenommen werden, weil die Höhe des Gesamtvermögens der Versicherungsanstalten für 1911 erst im Laufe dieses Jahres festgestellt wird.

Zieht man die in obigen Summen mit enthaltene Aufwendungen für eigene Veranstaltungen, wie den Bau von Lungenheilstätten, Sanatorien, Krankenhäusern, Invalidenheimen usw. ab, und werden nur die Darlehen der Versicherungsanstalten nach Abzug der Rückzahlungen dem Gesamtvermögen gegenüber gestellt, so ergibt sich folgendes Bild:

am Schlusse des Jahres	Betrag des Gesamt- vermögens		Auf Grund des Gesamt- vermögens betragen die Darlehen rund
	Mill. Mk.		
1904	1160,4	346,5	20,9
1905	1237,5	388,8	21,4
1906	1318,5	438,8	23,3
1907	1404,1	509,4	26,3
1908	1489,6	581,6	29,6
1909	1574,1	665,0	32,6
1910	1662,2	753,0	35,3

Die gesamten für gemeinnützige Zwecke hergegebenen Darlehen belaufen sich bis zum Schlusse des Jahres 1911 auf fast 959 Mill. Mk. Rechnet man die bis dahin aufgewendeten 63,9 Mill. Mk. für die eigenen Veranstaltungen hinzu, so ergibt sich die in der ersten Uebersicht genannte Gesamtsumme von 1022,9 Mill. Mk.

In der Statistik sind die Darlehen nach den einzelnen Verwendungszwecken in drei Hauptgruppen geschieden. Die erste Gruppe umfasst die Wohnungsbaudarlehen, getrennt nach Familien- und Ledigenwohnungen. Die Darlehen zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen betragen im ganzen 342,3 Mill. Mk., jene zum Bau von Ledigenheimen (Hospizen, Herbergen, Gesellenhäusern usw.) 19,9 Mill. Mk., so daß bis zum Schlusse des Jahres 1911 362,2 Mill. Mk. für diese Zwecke ausgeliehen waren, wovon etwa 42,1 Mill. Mark auf das Jahr 1911 entfallen. Die Darlehens-empänger sind in vier Gruppen zerlegt. An Genossenschaftlichen, Gesellschaften, Aktienbauvereine, sonstige gemeinnützige Vereine und Stiftungen sind 225,1, an weitere Kommunalverbände (Provinzen, Kreise), Gemeinden, Sparcassen und sonstige Anstalten oder Verbände des öffentlichen Rechtes 44,3, an Arbeitnehmer (Versicherte) 71,7 und an Arbeitgeber 21,1 Mill. Mk. ausgeliehen worden. Von den am Ende des Jahres 1911 noch laufenden Wohnungsbaudarlehen von rund 318 Mill. Mk. — nahezu 44,2 Mill. Mk. sind inzwischen an die Versicherungsanstalten zurückgezahlt worden — waren angelegt unter 3 Prozent 0,4, zu 3 Prozent 159,8, über 3, aber unter 3½ Proz. 19,4, zu 3½ Proz. 111,2, über 3½, aber unter 4 Prozent 12,4, zu 4 Prozent 7,6 und über 4 Prozent 7,2 Mill. Mk.

Die zweite Gruppe der gemeinnützigen Vermögensanlagen umfasst die Darlehen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses. Sie werden hergegeben für Bodenverbesserung, Ent- und Bewässerung, Moorkultur Aufforstung, Wegebau, Kleinbahnen, Hebung der Viehzucht, Vinderung der Futtermittel usw. Von sämtlichen Versicherungsanstalten sind für die genannten Zwecke bis Ende 1911: 114,2 Mill. Mk. ausgegeben worden. Dieser Betrag ist gegen das Vorjahr um 4,6 Mill. Mk. zugenommen. Er stellt aber bei weitem nicht die ganze Summe dar, die von den Versicherungsanstalten zugunsten der ländlichen Bevölkerung hergegeben ist. Abgesehen von dem Aufwand für Wohnungsfürsorge auf dem Lande, der in der Gruppe I mitenthalten ist, entfällt von den Darlehen für allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen ein Betrag von über 200 Mill. Mk. auf Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. In diesem Betrage sind allerdings auch Darlehen für Krankenhäuser usw. enthalten, die zwar auf dem Lande liegen, aber in erster Linie zur Aufnahme von Kranken und Erholungsbedürftigen aus der Stadt bestimmt sind. Aber auch nach Abzug dieser Darlehen wird noch eine beträchtliche Summe übrig bleiben, die ausschließlich zur Hebung der Wohlfahrt der ländlichen Bevölkerung verwendet ist. Endlich ist die Landwirtschaft mittelbar noch dadurch gefördert worden, daß eine größere Anzahl von Versicherungsanstalten landwirtschaftliche Pfandbriefe, Rentenbriefe, Provinzialanleihe-scheine, Pfandbriefe von Landwirtschaftsbanken usw. im Nennwert von 127,3 Mill. Mk. angekauft haben.

Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege — Gruppe III der gemeinnützigen Vermögensanlagen — sind bis Ende 1911 von sämtlichen Versicherungsanstalten 482,5 hergegeben worden und zwar:
 a) für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, Volkshospitälern, Invaliden-

- den- und Erholungsheimen, Sickenhäusern und für Kranken- und Invalidenpflege überhaupt 105,6
- b) zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volksbädern, Schlachthäusern, Wasserleitungen, Kanalisationen, Friedhöfen etwa 165,0
- c) für Erziehung und Unterricht, Hebung der Volksbildung 81,5
- d) für sonstige Wohlfahrtswende 130,4

In der letzten Gruppe (IIIa) befinden sich namentlich Darlehen zum Bau von Gas- und Elektrizitätswerken, Lokal- und Straßenbahnen, Feuerwehrhäusern, für Straßen-, Kanal-, Gas-, Brücken-, Damm- und Uferdammbauten, für Flugregulierungen, Erwerbung von Wasserrechten, Beseitigung von Hochwasserständen, für den Bau von Fallserren sowie zur Förderung des Gewerbes; ferner Darlehen zum Bau von Kirchen, kirchlichen Gemeindehäusern, christlichen Vereins- und Versammlungshäusern, Heimen für Gemeindepflichter, Lehrerinnen, Fabrikarbeiterinnen, Seelenleute usw. Weiter finden sich hier Darlehen zur Errichtung von Taubstummen- und Blindenanstalten, Kinderbewahranstalten; Waisen- und Armenhäusern, Arbeiterkolonien, Wanderarbeitstätten, Volkshäusern, von Asylen für gefallene Mädchen und gefährdete Kinder, von Obdachlosenheimen und Heimen für entlassene Strafgefangene, endlich für Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs.

Bei der Anlegung des Anstaltsvermögens dürfen die Grenzen der Mühseligkeit bis zu einem Viertel des Vermögens insbesondere dann — mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde — überschritten werden, wenn es sich um Veranstaltungen handelt, die ausschließlich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zugute kommen. Da ergibt nun die Statistik, daß die Versicherungsanstalten von dieser Befugnis namentlich bei der Förderung des Wohnungsbedarfes in erheblichem Umfange Gebrauch gemacht haben. Von den 362,2 Millionen Mark, die für die Arbeiterwohnungsfürsorge bis Ende 1911 ausgeliehen wurden, sind rund 52,0 Mill. Mk., also etwa 14 v. S., nicht mündelsicher angelegt. Auf dem Gebiete der allgemeinen Wohlfahrtspflege stiegen dem Gesamtumfang von 482,5 Mill. Mk. nur 9,8 Mill. Mk., d. h. etwa 2 v. S. nicht mündelsichere Anlagen gegenüber. Inwieweit die Versicherungsanstalten am Schlusse des Jahres 1906 und der folgenden Jahre das oben erwähnte Viertel ihres Vermögens überhaupt zu nicht mündelsicheren Anlagen verwendet hatten, geht aus den in den Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes veröffentlichten Uebersichten hervor. Nach der letzten derartigen Uebersicht sind nahezu 31,4 v. S. des Viertels durchschnittlich bei sämtlichen Versicherungsanstalten nicht mündelsicher angelegt.

Die Aufwendungen für eigene Veranstaltungen (Grunderwerbs- und Baukosten) der Versicherungsanstalten der Versicherten haben bis zum Ende des Jahres 1911 fast 64 Mill. Mark erreicht. Dabei handelt es sich um 38 Lungenheilstätten, 2 Tuberkuloseanstalten, 33 Genesungsheime, 4 Krankenhäuser (Krankenheime), eine Balneotherapie- und 15 Invalidenheime, in denen rund 8200 Betten zur Aufnahme von Kranken und Invaliden vorhanden sind. Ferner sind hierher zu rechnen ein Zentralarbeitsniederungsgebäude (Berlin), ein Geschäftsheim für Invaliden (Baden) und eine Balneotherapieanstalt für 50 Männer und 50 Frauen (Rheinprovinz).

Auch diese Aufwendungen sind bedeutend gewachsen. Am Ende des Jahres 1900 betragen sie — damals waren nur 14 eigene Heilstätten vor-

Handen — 11,6 Mill. Mf., während sie jetzt auf 64 Mill. Mf., also um mehr als das fünfeinhalbfache gestiegen sind. Von diesen 64 Millionen entfallen nahezu 29 v. S., nämlich 18,3 Mill. Mf., auf die eigenen Veranstaltungen der Landesversicherungsanstalt Berlin. Darauf folgen die Landesversicherungsanstalten Königreich Sachsen mit 5,4, Rheinprovinz mit 4,8, Schlesien mit 4,5, Württemberg mit 3,8, Baden mit 3,4, Saniektstädte mit 2,8, die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Österreichischen Eisenbahngemeinschaft mit 2,1, Elb-Lothringen mit 1,9, der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum mit 1,8, Hannover und Thüringen mit je 1,7, Mittelranken mit 1,4 Sachsen-Anhalt mit 1,3 und Brandenburg und Großherzogtum Hessen mit je 1,2 Mill. Mf. 17 Versicherungsanstalten sind mit Beiträgen unter 1 Mill. Mf. beteiligt, während 8 Versicherungssträger (darunter vier Kasseneinrichtungen) bisher eigene Seilanstalten oder sonstige eigene Unternehmungen, die ausschließlich oder überwiegend den Versicherungspflichtigen zugute kommen, bisher noch nicht ins Leben gerufen haben.

Verband der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunterbeamten.

Am Sonnabend, den 22. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr wurde im Kronenial zu Göppingen die 13. Generalversammlung durch den Generalsekretär Eugen Roth-Stuttgart eröffnet. Vertreter der Königlichen Eisenbahnverwaltung, der Stadt Göppingen und Landtagsabgeordnete verschiedener Parteien waren als Gäste erschienen. Den Verband der Deutschen Gewerkschaften vertrat unser Verbandsvorsitzender, Kollege Karl Goldschmidt. Außer der Vorstandschaft waren 119 Delegierte vertreten. Den Geschäfts- und Redenschaftsbericht erstattete der Generalsekretär; der Kontrollbericht wurde vom Kontrolleur Jeh vorgetragen. Die Berichte ließen eine günstige Entwicklung und manchen Erfolg für die Verbesserung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse erkennen. Ein besonderer Vortrag behandelte die parteipolitische Neutralität des Verbandes, wobei der in den Deutschen Gewerkschaften eingetragene Standpunkt zur Geltung kam. Andere Vorträge betrafen organisatorische und agitatorische Fragen und Erfahrungen, über welche Vorstandschaftsmitglied Baumann berichtete, und Winke an die Obmänner in Verwaltungstragen, die der Verbandsverwaltung fester besprach. Aus den Obmannschaften lagen im ganzen 111 Anträge vor, die verschiedene Fragen des Dienstes und der Arbeitsverhältnisse betrafen. Der größere Teil der Anträge wurde angenommen. Ein Antrag betraf die Urlaubszeit für die Arbeiter. Eine Verfügung der Königlichen Hauptdirektion befragt, daß alle bereits genannten etatsmäßigen Unterbeamten im Alter bis zu 40 Jahren 10 Tage, von 41—45 Jahre 12 Tage und vom 46. Jahre an 14 Tage Urlaub erhalten. Dem Antrage gemäß beschloß die Generalversammlung, diese Bestimmung auch für die Arbeiter in Anwendung zu bringen, da dieselben ebenso erholungsbedürftig sind wie die Unterbeamten. In einem anderen Antrage, der ebenfalls angenommen wurde, führte man lebhafte Klagen über die Besorgung der Militäranwärter. Beschlossen wurde, darauf hinzuwirken, daß bei Anstellung von Militäranwärtern auch diese nach der Prüfungsbefreiung angestellt werden, während jetzt diese Anstellung außer der Reihe erfolgt, wobei dann die Zivilanwärter, die ihre Prüfung viel früher gemacht haben, übergangen werden. Für die Bahnwärter der Strecke Hochdorf-Lothburg besteht noch ein täglicher Dienst von 16 Stunden. Es wurde beschlossen, die Königliche Generaldirektion zu bitten, auch für diese Bahnwärter die 14-stündige Dienstzeit einzuführen, wie es bereits auf der Strecke Lohburg-Schiltag geschehen sei. Ferner wurde ein Antrag der Bahnwärter, Weichenwärter und Stationsdiener unterstützt, die wünschen, daß die Tragezeit ihrer Luchtleidung und Sommerdienstkleidung auf 1 Jahr herabgesetzt wird. Die Tragezeit der Mäntel dauert 10 Jahre. Gewünscht wird die Herabsetzung der Tragezeit auf 8 Jahre. Die Obmannschaften in den Gegenden des württembergischen Schwarzwaldes beklagen sich über die teuren Mieten und Lebensmittel als eine Folgeerscheinung des lebhaften Fremdenverkehrs. Es wurde beschlossen, der Königlichen Generaldirektion die Bitte zu unterbreiten, daß für diese Orte die Lohnklasse B der Betriebslohnordnung angewendet werde. Die Wünsche der Hilfsarbeiter und Bahnarbeiter der Bauinspektion Ravensburg sollen in diese Bitte eingeschlossen werden. Für die nächstjährige Generalversammlung wurde Aalen gewählt. Um 8 1/2 Uhr konnte sodann die Generalversammlung durch den Generalsekretär geschlossen werden.

Am Abend fand eine Familienunterhaltung statt, die von der Obmannschaft Göppingen veranstaltet wurde. Sittliche theatralische Aufführungen und Selbstantritte verhielten den Abend. Unser Kollege Varnholt-Ulm hielt dabei eine zündende Ansprache.

Am folgenden Sonntag, 23. Juni, fand der 13. schwäbische Eisenbahnertag statt. Die Stadt war festlich geschmückt. Viele tausend Eisenbahner und Dampfschiffler waren aus ganz Württemberg zusammengeströmt. Ein fast erdloser Zug durchzog die Straßen der Stadt, überall von der Bevölkerung herzlich begrüßt. In den riesigen Anlagen des Adolf Scholz zu Schöckensee sammelten sich gegen 6000 Personen. Von einer mit zahlreichen Banuern und Standarten unter freiem Himmel aufgestellten Rednertribüne hielt unser Verbandsvorsitzender Goldschmidt die Festrede, die wiederholt von lebhaften Beifallsstürmen unterbrochen wurde und am Schlusse jubelnde Zustimmung fand. Im Namen der Stadt begrüßte Stadtrat Dr. Schwarz die Festversammlung. Kollege Varnholt-Ulm sprach in einem der großen Zelte. Auch seine Ausführungen trafen die Stimmung der zahlreichen Zuhörer, was der stürmische Beifall bewies. Generalsekretär Roth und viele Obmänner richteten Ansprachen an die kaum überlebbare Menge, und besonders feierlich gestaltete sich die Weihe der neuen Standarte für die Obmannschaft Göppingen, wobei der Vorsitzende des Ortsverbands Göppingen, Koll. Zähler, einen silbernen Fahnen Nagel überreichte. Am Montag, den 24. Juni fand ein Ausflug der Delegierten nach dem Höhenort Ulm statt, der einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Das Wetter war an allen drei Tagen der Veranstaltungen überaus günstig. Die Obmannschaft Göppingen unter Führung ihres wackeren Vorstehers Kufrecht verdient alle Anerkennung für das volle Gelingen dieses Eisenbahnertages.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 28. Juni 1912.

Auf ein 10jähriges Bestehen kam am 29. Juni unser Gewerkschaftsverein der Deutschen Frauen und Mädchen zurückzublicken. Nachdem am 10. März 1902 in Berlin der erste Ortsverein gegründet und auch im Rheinland einige Vereine entstanden waren, erfolgte am 29. Juni 1902 die Konstituierung des Gewerkschaftsvereins mit 10 Ortsvereinen. Getreu den Grundätzen der Gesamtorganisation ist auch der Zweck des Gewerkschaftsvereins der Frauen und Mädchen stets auf die Verbesserung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiterinnen gerichtet gewesen. Auch in ständiger Fühlung mit der bürgerlichen Frauenbewegung und namentlich durch rege Mitarbeit im Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen gelang es, befruchtend auf den Ausbau der Sozialpolitik, soweit sie den Arbeiterinnen gilt, einzuwirken.

Leider ist die Macht der Arbeiterinnen-Organisationen noch nicht groß genug, daß man mit dem Erreichten sich zufrieden geben könnte. „Auch unsere Organisation“, so schreibt die „Arbeiterin“ in ihrem Jubiläumskartell, „hat die Stärke nicht erreicht, die sie zur machtvollen Durchführung ihrer Ziele so dringend bedarf. Gegen eine Welt von Feinden mußten wir und müssen wir heute noch kämpfen. Es gehört ein großes Maß von Ueberzeugungstreue dazu, heute sich als Anhängerin unserer Deutschen Gewerkschaften zu bekennen. Wie manche treue Kollegin haben wir insolge des Terrorismus der Gegner verlieren müssen. Es ist ja leider nicht schwer, einem jungen Mädchen eine andere Meinung aufzuzwingen, namentlich wenn man, wie unsere Gegner, in der Wahl der Mittel nicht wäherlich ist. Trotzdem ist ein Grund zum mutlos werden nicht gegeben. Nach der Drangperiode wird und muß auch wieder eine Zeit des unaufhaltsamen Aufschwunges und der Entwicklung kommen. Die statistischen Einrichtungen haben sich bewährt, die Klassenverhältnisse sind gute, die idealen Bestrebungen unserer Sache kommen immer mehr zur Anerkennung; eine große Anzahl treuer, erprobter Kolleginnen, von denen einige bereits länger als 10 Jahre unserer Vereinigung angehören, bilden den Kern unserer Truppe. Wenn alle unsere Kolleginnen werden für unsere gute und gerechte Sache, in ständiger Einigkeit zusammenstehen für die Ehre und das Ansehen des Gewerkschaftsvereins, dann ist die Zukunft desselben gesichert. In den ersten zehn Jahren ist der feste Grund für unser Wirken geschaffen worden, die kommende Zeit muß unsere Ziele schon um der Arbeiterinnen willen der Erfüllung näher bringen. Danken wir in diesen Tagen den erprobten treuen Kolleginnen

für ihre unermüdete Arbeit, gedanken wir der Verstorbenen, die mit uns gemirkt haben und nun ausruhen vom Kampfe, begeistern wir die jetzige Generation für unsere hohen idealen Aufgaben, und dann vorwärts auf der ganzen Linie in ein weiteres Jahrzehnt.“

Wir schließen uns diesen trefflichen Worten von ganzem Herzen an und wünschen nur, daß die männlichen Kollegen aller Berufe sich noch mehr als bisher bewußt werden, daß es ihre Pflicht ist, auch für die Stärkung und Ausbreitung des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Frauen und Mädchen jederzeit einzutreten. Möge dieser Gedentag dazu das seinige beitragen!

Zur Nachahmung empfohlen. Nach einer durch die Tagespresse gehenden Nachricht hat der Verband sächsisch-thüringischer Webervereine, dem 297 Mitglieder mit 35 020 Bewohnern angehören, in seiner Generalversammlung beschloßen, eine Vohnerhöhung bis zu 20 Proz. einzutreten zu lassen. Die erste Vohnzahlung nach dem neuen Tarif soll am 4. Oktober stattfinden.

Von der bekannten Schuhfabrik Herz in Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß sie, nachdem sie sich mit ihren Kunden hierüber ins Einvernehmen geeigt hat, demnächst ihren Betrieb auf 4 Tage still stehen läßt. Dadurch will sie es möglich machen, ihren sämtlichen Arbeitern einen, wenn auch nur kurzen Erholungsurlaub zu gewähren. Verheirateten Arbeitern wird für diese Zeit ein Lohn von 15 Mf., unverheirateten ein solcher von 10 Mf. und Jugendlichen unter 18 Jahren ein solcher von 6 Mf. gezahlt.

Die Einführung des Hausarbeitsgesetzes hat für viele Hausarbeiter erhebliche Unkosten zur Folge gehabt, da sie ihre Arbeitsräume den gesetzlichen Forderungen anpassen mußten. Zur Unterfützung hilfsbedürftiger Heimarbeiter hat nun Preußen einen Betrag von 100 000 Mf. zur Verfügung gestellt. Auch Baden will jetzt dieses Beispiel nachahmen, um die Durchführung der Hausarbeitsgesetzgebung zu erleichtern. Im Nachtragsbudget findet sich nämlich ein Posten von 6000 Mf. für Unterfützung von Heimarbeitern, die durch das neue Hausarbeitsgesetz zu sehr belastet werden. Ob mit dieser niedrigen Summe eine wirkliche Hilfe möglich ist, will uns zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls aber ist es Pflicht der einzelnen Bundesstaaten, dafür zu sorgen, daß die geringen Zuschußbestimmungen für die Heimarbeiter auch wirklich durchgeführt werden können. Aufgabe der Arbeiter selbst wird es sein, durch unermüdete Agitation dahin zu wirken, daß der Reichstag in nicht allzu ferne Zeit dem Heimarbeitersgesetz eine Form gibt, die dem zum Sinnbild dienenden Glend in der Heimindustrie endgültig ein Ziel setzt.

Arbeiterbewegung. Die Lohnbewegung der Stukkateure in Berlin ist nach langwierigen Verhandlungen endlich zum Abschluß gelangt. Wesentliche Verbesserungen konnten die Arbeiter nicht durchsetzen. — Zu Lohnifferenzen ist es bei den Festungsbauteilen in Köln gekommen. Da die Unternehmer es entschieden ablehnten, mit Vertretern der Arbeiterorganisation über die Beilegung zu verhandeln, ist es an mehreren Stellen zum Streik gekommen. — In Hannover haben die streikenden und ausgebeirten Metallarbeiter zu den von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnissen Stellung genommen und dieselben mit 541 gegen 152 Stimmen abgelehnt. Die Arbeiter sind entschlossen, an der Forderung des 9 1/2-stündigen Arbeitstages festzuhalten. Bei der Mitteilung des Abstimmungsresultats an die Arbeitgeber wurde gleichzeitig zu erkennen gegeben, daß die Arbeiter zu weiteren Verhandlungen bereit sind.

Der Streik der französischen Seeleute nimmt seinen Fortgang und gewinnt noch immer an Ausdehnung. Die Arbeiter hatten sich bereit erklärt, sich dem von der Regierung vorgeschlagenen Schiedsgericht zu unterwerfen, wenn dasselbe aus 6 Vertretern der Seeleute und 6 Vertretern der Unternehmer unter einem unparteiischen Vorsitzenden zusammengesetzt sei. Die Unternehmer aber haben jede Verhandlung vor dem Schiedsgericht abgelehnt. Es ist wahrscheinlich, daß sich nunmehr auch die Dockarbeiter den Streikenden anschließen werden. — Der Ausstand der böhmischen Gasarbeiter ist beendet, nachdem die Unternehmer einige Zugeständnisse gemacht haben. — In Ungarn haben in verschiedenen Komitaten die Landarbeiter Lohnenerhöhungen gefordert und beschloßen, für den Fall der Ablehnung in den Streik zu treten.

Die Lage des Arbeitsmarkts im Monat Mai hatte nach dem „Reichsarbeitsblatt“ kein einheitliches Gepräge und zeigte mehrfach Zeichen einer

Abschwächung. Auf dem Ruhrkohlenmarkt war die Nachfrage geringer als im April, da sich im Zusammenhang mit dem Daniederliegen des englischen Marktes und der Höhe der Schiffsfrachten ein Nachlassen der Ausfuhrbewegung neben dem geringeren Inlandverbrauche geltend machte. Auch in Oberschlesien war gegenüber dem Vormonate bisweilen eine Verschlechterung eingetreten, ebenso war in Niederschlesien die Beschäftigung in Kohlen und Stöps wenig befriedigend und schlechter als im Monat April. Dasselbe ist vom mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sowie über die Lage in der östlichen Lausitz und Schlesien zu sagen. Aus dem Bergrevier Cassel, dem Rheinischen Braunkohlenrevier, Sachsen-Altenburg, Königreich Sachsen, Braunschweig, Anhalt und Hessen lauten die Berichte gleichfalls wenig günstig. Die Beschäftigung im Kalibergbau war im allgemeinen gut, ebenso waren die Eisengießereien, die Stahl- und Walzwerke gut beschäftigt, zum Teil etwas besser als im April. Die Lage im allgemeinen Maschinenbau wird wie im Vormonat als günstig, in Süddeutschland sogar als sehr gut bezeichnet. Aus der elektrischen und chemischen Industrie lauten die Mitteilungen günstig, zum Teil war die Beschäftigung recht lebhaft. Die Baumwollspinnereien waren wie im Vormonate befriedigend beschäftigt, ebenso die Textilindustrie, in der der Geschäftsgang teilweise stotterte. Auch in der schlesischen Leinenindustrie war das Geschäft lebhaft; die Serren- und Knabenkonfektion hatte gut zu tun, zumeist wird über eine Besserung gegenüber dem Vormonate gesprochen. Die Papierindustrie war befriedigend beschäftigt, ebenso die Buch- und Zeitungsdruckereien. Die Mitteilungen aus dem Baugewerbe lauten überwiegend ungünstig; vor allem leidet der Baumarkt von Berlin und Umgegend noch immer an den Folgen der Ueberproduktion, und die Großbanken schränken den Bautredit wesentlich ein.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Mai eine weitere, allerdings nicht so wesentliche Steigerung wie im Vormonat und wie im Mai des Vorjahres erfahren. Es ergab sich am 1. Juni eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig krank gemeldeten, von insgesamt 33 002 (auf + 27 232 männliche, + 5770 weibliche Mitglieder). Im Vormonate vermehrte sich der Mitgliederbestand um 117 333. Im Vorjahrsmonate hatte er sich um 94 890 vermehrt. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, beim männlichen Geschlecht auf 107, beim weiblichen Geschlecht auf 104 gestiegen. Im gleichen Monate des Vorjahres betrug er 109 bzw. 104.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat Mai berichteten 51 Verbände mit 2114 869 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 1,9 v. S. arbeitslos gegen 1,7 v. S. im April und 1,6 v. S. im Mai 1911. Es ist also gegenüber dem Vorjahre sowie gegen den Vormonat eine Verschlechterung eingetreten.

Die Arbeitsnachweisziffern lassen dem Vormonat und dem Vorjahre gegenüber auf eine Vermehrung des Andranges von Arbeitssuchenden schließen. Bei der Gesamtabzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im Mai 1912 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 153 Arbeitssuchende gegen 144 im gleichen Monate des Vorjahres und 150 im Vormonate. Bei den weiblichen Personen sind die entsprechenden Ziffern auf 97,82 bzw. 72 berechnet. Die Zahl der offenen Stellen hat im ganzen wie in den meisten Landesteilen gegen den Vormonat abgenommen.

In Berlin und der Provinz Brandenburg ist im Monat Mai der Arbeitsmarkt unter dem Zeichen einer gewissen Abspannung des Beschäftigungsgrades. Die Lage in der Provinz wies gegenüber dem Vormonate keine so wesentliche Veränderung auf. In Berlin hat sich aber auch die Beschäftigungsgelegenheit für weibliche Arbeitskräfte im Laufe des Mai wesentlich verschlechtert. Die Gesamtzahl in Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg wird gekennzeichnet durch eine verhältnismäßig befriedigende Erwerbsmöglichkeit, die allerdings für die einzelnen Berufsarten nicht gleichmäßig und auch nicht gleich günstig zum Ausdruck kommt. Gegen den Vormonat ist der Stand des Arbeitsmarktes annähernd gleich geblieben. In Westfalen bot die Lage des Arbeitsmarktes kein einheitliches Bild; die Arbeitsgelegenheit verringerte sich in den meisten Berufsarten. In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck war ein Rückgang der offenen und besetzten Stellen zu beobachten. Zum Teil wird dies auf die Unsicherheit zurückgeführt, die durch den Streik und die Aussperrung der Metallarbeiter in

Frankfurt a. M. und Umgegend hervorgerufen wurde. Aus Bayern und Württemberg lauten die Berichte im allgemeinen gut, die günstige Lage des Arbeitsmarkts hat im wesentlichen angehalten. In Baden dagegen ließ die allgemeine Geschäftslage im abgelaufenen Berichtsmoate die erwartete und erhoffte Steigerung oft vermissen. Die öffentlichen Arbeitsnachweise wurden von den Arbeitgebern in weit geringerer Maße in Anspruch genommen als im April und im Mai 1911.

Die Vermittlung landwirtschaftlicher und industrieller Wanderarbeiter hat gegen den Vormonat, aber auch gegen das Vorjahr erheblich abgenommen, hauptsächlich wurden russische und galizische Polen sowie Ruthenen vermittelt.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug im Mai 160 978 115 Mk., das sind 6 411 362 Mk. mehr als im Vormonat und 7 990 092 Mk. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Dies bedeutet gegen das Vorjahr eine Mehrerhebung von 114 Mk. oder 3,90 v. S. auf 1 Kilometer. Bei Beurteilung des Ergebnisses ist die Lage des Pfingstfestes in Betracht zu ziehen (1911 im Juni, 1912 im Mai).

Zu reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Mai die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 834,513 Millionen Mk., die Ausfuhr einen Wert von 713,608 Millionen Mk. gegen 811,493 Millionen Mk. und 652,839 Millionen Mk. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Der Arbeitsausschuß nationaler Arbeiter- und Gehilfenorganisationen zu Leipzig, dem auch unsere beiden dortigen Ortsverbände angehören, sind, ist mit zwei bemerkenswerten Petitionen an die Behörden herangetreten. Die erste ist an das sächsische Ministerium des Innern gerichtet. Es bezieht nämlich der Plan, einzelne Abteilungen der Internationalen Schiene-Ausstellung, die voriges Jahr in Dresden stattgefunden hat, zu erhalten. Einzelne Stücke der Ausstellung, die sich auf die Gewerbebauten und die Unfallverhütung beziehen, sollen bereits der technischen Hochschule als Anschauungsmaterial überwiesen worden sein. In der Petition wird nun darum erucht, aus dem vorhandenen Material ein Museum für Arbeiterwohlfaht zu gründen nach dem Vorbilde der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfaht in Charlottenburg.

Die zweite Petition ist an das Reichsamt des Innern abgegangen und hat die Neuregelung der Sonntagsruhe zum Gegenstande. Die Wünsche des Arbeitsausschusses sind niedergelegt in folgenden Forderungen:

1. Der Arbeitsausschuß erachtet die von der Reichsregierung in dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgeschlagene Regelung der Sonntagsarbeit im Handgewerbe für ungenügend.

2. Er hält in Uebereinstimmung mit weitesten Kreisen der selbständigen Kaufmannschaft die Einführung einer völligen Sonntagsruhe durch Reichsgesetz, abgesehen von den im Paragraphen 5 des Gesetzentwurfs genannten Fällen, sowohl für Kontore, wie auch für offene Verkaufsstellen für sehr wohl durchführbar.

3. Vor allem weist der Arbeitsausschuß nachdrücklich zurück, daß die Forderung einer sonntäglichen Verkaufsstellen vielfach mit einem Kaufverbot der Arbeiterkraft begründet wird. Gerade die Arbeiterkraft besitzt soziale Einsicht und Erziehung genug, um das Recht auf den freien Sonntag, dessen Segnungen sie sich bereits erfreut, auch den Handlungsgehilfen zuzuerkennen.

Bedinglich die Fleischeren, Bäckereien, Konditoreien und für den Verkauf von Milch, Eis und frischen Blumen wäre eine Ausnahme zugelassen, doch darf die für den Verkauf freigegebene Zeit zwei ungeteilte Stunden, die vor 12 Uhr mittags liegen müssen, nicht überschreiten.

Eine schärfere Ueberwachung des Hausverwehns ist notwendig, um den berechtigten Wünschen der selbständigen Kaufleute Rechnung zu tragen.

Gegen die Bestimmung, daß jüdische Kaufleute, die am Sabbat geschlossen halten, Sonntags arbeiten lassen dürfen, erhebt der Ausschuß Einspruch, da diese Bestimmung eine Durchlöcherung des sonst im Gesetz zum Ausdruck kommenden Prinzips der völligen Sonntagsruhe bedeutet und große wirtschaftliche Nachteile für die übrigen Geschäftleute im Gefolge haben würde. Eine Ausfüß über das Einhalten der gesetzlichen und ortstatutarischen Sonntagsruhe-Bestimmungen wäre außerdem sehr erwünscht, die Feststellung von Uebertretungen laum möglich.

Ortsstatute, die jetzt schon weitestgehende Sonntagsruhe-Bestimmungen nachzuweisen haben, als der Gesetzentwurf bildet, dürfen bei der Anpassung an das neue Gesetz nicht verschlechtert werden.

Den Forderungen ist eine ausführliche Begründung beigegeben. Soffentlich finden diese durch-

aus berechtigten Wünschen bei der Regierung die ihnen gebührende Berücksichtigung.

Niedriger geht's nimmer. Auf dem Stummischen Hüttenwerk in Kettfirkchen besteht ein sogenannter nationaler Hüttenverein, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Kameradschaftlichkeit und die guten Beziehungen zur Firma zu pflegen. Was man darunter zu verstehen hat, zeigt am besten die von jedem sich anmeldenden Mitglied geforderte ehrenwörtliche Erklärung, daß es „nicht Mitglied einer Gewerkschaft oder eines Vereins mit gewerkschaftlichen Tendenzen“ ist. Es handelt sich also um eine gelbe Organisation, die darauf verzichtet, selbständig und unabhängig für die Besserung der Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder einzutreten. Aber diese Kettfirkchner Gründung unterscheidet sich von anderen gelben Vereinigungen noch dadurch, daß sie ihren Getreuen auch noch jedes Selbstbestimmungsrecht in politischen Dingen raubt. Denn jener nationale Hüttenverein hat in seinem Statut auch folgende Bestimmung:

„Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitgliederversammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefaßten Beschlusse strikte zu unterwerfen. Bei Zuwiderhandlung tritt Artikel 4 § 9 der Statuten in Kraft.“

Die hier angedrohte Strafe ist der Ausschluß aus dem Verein. Das bedeutet mit andern Worten, daß die Mitglieder nicht nach ihrer eigenen Ueberzeugung stimmen dürfen, sondern wie es gerade die Mehrheit in der Generalversammlung will. Die Entscheidung kann mal so, mal so ausfallen. Von einer Selbständigkeit des Denkens und Handelns kann bei solchen Menschen nicht mehr die Rede sein. Wer sich soweit selbst erniedrigt, hat keinerlei Anspruch auf die Achtung anständiger Arbeiter.

Die Existenzberechtigung spricht der „Vorwärts“ in seiner Donnerstag-Nummer den christlichen Gewerkschaften ab. Er weist darauf hin, daß in dem Streit der Christlichen mit dem „Sib Berlin“ eritere mit Recht immer und immer wieder betont haben, daß in den Arbeitgeberverbänden jeder Industrie und in jedem Teil Deutschlands evangelische, katholische und andersgläubige Arbeitgeber einheitlich zusammenwirken. Mit diesen nicht weniger als konfessionellen Arbeitgeberverbänden müssen die Gewerkschaften ihre Arbeits-Tarifverträge abschließen. Bei solcher Sachlage sei ein einheitliches gewerkschaftliches Zusammenarbeiten aller Arbeiter unermesslich.

Diese Logik ist auch für den „Vorwärts“ so zwingend, daß er nichts dagegen einwenden will. Er kommt deshalb zu dem Schlusse, daß für die Zersplitterung der Arbeiter es keine stichhaltige Begründung gebe, und zwar um so weniger, als die einheitlich organisierten Unternehmer den Forderungen der christlichen Gewerkschaften genau denselben Widerstand entgegensetzten als denen der freien Gewerkschaften. „Wenn trotz der gleichen Interessen, Forderungen und Kampfmethoden die Weltanschauung eine Trennung in christliche und unchristliche Lager bedingt, warum nur bei den Arbeitern, nicht auch bei den Unternehmern?“ so ruft der „Vorwärts“ aus.

Ganz richtig! Aber wenn man eine einheitliche Arbeiterbewegung schaffen will, wie sie im Interesse der Arbeiterchaft liegt, dann muß man nicht nur religiöse, sondern auch politische Momente ausschalten. Der „Vorwärts“ sieht den Splitter im Auge der christlichen, sieht aber nicht den Balken im Auge der freien Gewerkschaften. Der von ihm zu erwartende Einwand, daß die „freien“ Gewerkschaften nicht sozialdemokratische seien, verfaßt nicht mehr bei Kennern der Arbeiterbewegung. Eine einheitliche Arbeiterbewegung ist nur möglich auf dem Boden der Deutschen Gewerksvereine, die tatsächlich neutral sind und sich frei von allem religiösen und politischen Weidwerk zu halten verstanden haben. So bildet die Volkemik des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei gegen die christlichen Gewerkschaften indirekt eine Anerkennung unierer Anschauungen und Bestrebungen, die sich auch im Laufe der Jahre sicherlich in der deutschen Arbeiterbewegung durchsetzen werden.

Eine bemerkenswerte Aeußerung über Streikverhütung hat dieser Tage der englische Premierminister Asquith einer Deputation der Vereinigung der Handelskammern gegenüber getan. Diese Handelskammern sind seit einiger Zeit eifrig am Werke, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu

schmalern und die Organisationen zu schikanieren. U. a. wünschen sie, daß die Trade Unions für Streiks finanziell verantwortlich gemacht werden. Auch der Einführung von Zwangs-Schiedsgerichten und Genossenschaften zur Gewinnverteilung redeten sie in der Audienz mit Aquität das Wort. Dieser erwiderte, daß es nicht die Funktion der Regierung sei, die gewerblichen Streitigkeiten ohne weiteres zu übernehmen. Eine solche Verpflichtung könne nur anerkannt werden im Falle der äußersten Not, wo die Interessen der Nation auf dem Spiele stehen wie beim Kohlenarbeiterstreik. Die Unruhe in der Arbeiterchaft, die in verschiedenen Ausständen zum Ausdruck kommt, sei zum Teil auf die Steigerung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Von einem Zwangs-Schiedsgericht müsse die Regierung absehen, da weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer davon etwas wissen wollten. Die diesbezüglichen Einrichtungen in Kanada, die vor Beginn eines Arbeitskampfes eine unparteiische Untersuchung vorziehen, bewährten sich gut, weshalb auch die englische Regierung erwäge, wie weit sie für das Land passen. Einschüchterung von Arbeitswilligen jeder Art mißbillige er. Ein Zwang dürfe weder von dem Kapital noch von der Arbeit ausgeübt werden.

Gewerkevereins-Teil

Berlin. Im ganzen Deutschen Reich rührt und regt es sich, um unsere Jugendbewegung zu fördern. Tatkraftige Kollegen finden sich überall, um für die Deutschen Gewerkevereine einen tüchtigen und überzeugungsreichen Kampfbund heranzubilden.

Jugend! Welche herrliche Erinnerungen werden nicht durch dieses Wort hervorgezaubert! Ist doch die Jugendzeit der schönste Abschnitt unseres Lebens. Wie leicht aber kann der ganze Lebensgang schweren Schanden erleiden, wenn nicht die Jugend richtig gelenkt und geleitet worden ist. Die jungen Menschen zu tüchtigen Persönlichkeiten heranzubilden, ist mit Zweck unserer Jugendbewegung. Deshalb ist die Arbeit, die in den Jugendabteilungen geleistet wird, eine ernste und verantwortungsvolle.

Die Tätigkeit in den Jugendabteilungen wechselt mit der Jahreszeit. Die Sommermonate werden von unseren älteren Führern, welche bestrebt sind, uns die Jugend so angenehm wie möglich zu gestalten, dazu benutzt. Ausflüge und Wanderungen in die freie Natur zu unternehmen, im Spiel und Sport getrieben wird zur Kräftigung unseres Körpers. Besuche von Museen und Ausstellungen, und die nötigen Erklärungen und Erläuterungen dazu fördern den Kunstsinne und erweitern den Gesichtskreis. Die Winterabende werden in der Hauptsache dazu benutzt, durch lehrreiche Vorträge, Rezitationen und Deklamationen, durch Lesen guter und lehrreicher Bücher, die Jugend aufzuklären und zu bilden. Auch in den gewerkschaftlichen Grundrissen werden wir unterrichtet, damit wir später mutig und schlagfertig unseren Gegnern entgegenzutreten können. Durch Betätigung unserer geselligen Art wird der Fröhsinn bei uns geweckt.

Kuß nicht angefaßt dieser Bestrebungen jeder Kollege unsere Bewegung zu fördern suchen, damit wir einen stärkeren Kampfbund bekommen? Eine günstige

Gelegenheit zur Unterstützung unserer Bestrebungen bietet das 2. Stiftungsfest der Jugendabteilung Berlin II, das am 7. Juli in Kubemanns Gesellschaftsgarten in Reinickendorf, Hauptstraße, gefeiert wird. Gewerkevereinskollegen! Helft dieses Fest verschönern, indem ihr alle Mann mit Frau und Kindern erscheint, um mit der Jugend fröhlich zu sein und gleichzeitig Propaganda für unsere gute Sache zu machen. Das Fest besteht aus Konzert, Gesangsabteilungen, da die Gewerkevereinsliederfeste ihre Unterstützung zugesagt hat, und Kinderbelustigungen. Schon heute rufen wir allen Gästen ein herzlich willkommen zu.

Sedvia Büscher.

M. Glaback. Wie man in den sogenannten freien Verbänden von den Mitgliedern die rückständigen Beiträge eingutreiben verhielt, darüber plauderte jüngst in einer heißen Versammlung der Bauhandwerker der Beamte Labor interessante Einzelheiten aus. Er erzählte, daß seine Organisation auch in Erfeld eine Anzahl Restanten hatte, bei denen die Unterlassener schon wiederholt vergeblich um Beitragszahlung vorgesprochen hatten. Als das nichts half, raffte sich Herr Labor, wie er erzählte, selbst auf, besuchte die Säumigen, sagte ihnen geduldig seine Meinung und hatte dabei u. a. den Erfolg, daß eine Frau ihm fast den ganzen Wochenlohn ihres Mannes gab, um der Sache ein Ende zu machen. Von einem andern berichtete der energische Herr, daß er ihn erst einmal beim Halbe nehmen und mal ordentlich an die Wand drücken mußte, um diesem das Bewußtsein beizubringen, daß er seine Beiträge an den Verband zu leisten habe. Auch dieses „naßbrüdicke“ Vorgehen hatte den Erfolg, daß der Säumige sich seiner Schuld bewußt wurde und sofort seine rückständigen Beiträge zahlte.

Es ist selbstverständlich, daß die Beiträge an die Organisation möglichst pünktlich zu zahlen sind. Auf die Wirklichkeit in den „freien“ Verbänden wirkt obige Schilderung aber doch ein recht eigenartiges Licht, und wie man auch über säumige Beitragszahler denken mag, einem solchen Vorgehen, wie es Herr Labor aus eigener Erfahrung schilderte, vermögen wir absolut keinen Geschmack abzugewinnen. Nebenfalls kann man sich demnach ungefähr eine Vorstellung machen, wie es wohl im sozialistischen Zukunftsstaate aussehen würde.

— r.

Verbands-Teil

6. (Schluß) Quittung
 über die für die streikenden Bergarbeiter eingekauften Sammelgelder.

Brauer: Berlin III. 22,80. Frauen und Mädchen: Grünberg 1,65. Gemeinbeiträge: Halle a. S. 3.—. Grapf, Berse und Vater: Quablinburg 5.—. Holzarbeiter: Dortmund 20.—. Hauptkasse des Gewerkevereins der Metallarbeiter 2000.—. Schuhmacher und Lederarbeiter: Cassel 15,10. Ortsverbände: Dresden 6,60. Summa RM. 2074,15. Vereits quittiert RM. 2970,57. In Summa RM. 5045,02.

Berichtigung: In dem in Nr. 40 veröffentlichten Quittung muß heißen: Ortsverband Forst 20 RM. und Textilarbeiter Gulo B. Forst 10 RM.

Berlin, den 26. Juni 1912.
 A. Klein, Verbandskassierer.

Versammlungen

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G. V.). Während der Sommermonate Juni bis August fallen die offiziellen Sitzungen aus. Mittwoch, 3. Juli, abends 8½ Uhr monatliche Zusammenkunft im Verbandsbureau. Gäste willkommen. — **Gewerkevereins-Liederfeste (G. V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Übungsstunde I. Verbandsbureau D. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste wllk. —

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr Vertreterprüfung in Europa Gesellschaftshaus, Reffenstr.; jeden 1. und 2. Donnerstag im Monat Distriktsklub ebenfalls, pünktlich 8½ Uhr abends. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hofstra. Gewerkevereinsklub. — **Deffau.** Gewerkevereins-Liederfest jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr Übungsst. I. Berin. „Lafan“, Marktstr. — **Dörfelberg (Waldwirtschaftliche).** Jeden Montag, abds. 8-11 Uhr i. Verbandsbureau, Rarfürststr. 39, Eilmann. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreterprüfung bei Foggelkämpfer, Eberfeld, Waisenstr. — und Erholungsges. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband. — Vertreterprüfung, vormitt. 9-10 Uhr, im Verbandsklub C. Simon, Alter Markt. — **Harenz u. Wachen.** Jeden 1. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsabend bei Rudewig. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distriktsklub jed. 1. Sonntagabend 1. Monat i. Passage-Str., Or. Franckstr., 44. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Dienstag, abds. 8½ Uhr im Restaurant „Rathhof“, Lagerstraße 2. Distriktsklub. — **Hamburg (Gewerkevereins-Liederfest).** Jeden Donnerstag Übungsst. 6. Thömer in Altona, Elmstedterstr. 48-50. — **Hannoversch-Bladen und Hagenberg (Ortsverband).** Monatsberf. der Jugendabtd. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in Binken bei Herrn Steinmetz. — **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterprüfung bei Wittw. Will. Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. — **Herzogen-Distriktsklub.** Jeden 2. Mittwoch bei Hilde. — **Keipzig (Gewerkevereins-Liederfest).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinsklub „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, Kott. Gäste und stimmungsvolle Wirtshaus und heral. willkommen. — **Mühlheim-Nahe (Ortsverband).** Sonntag, 14. Juli, nachm. 5 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung sämtlicher Ortsvereine im Verbandsklub Joh. Wöller, Sandstr. 28. Vortrag des Rechtsanwalts S. u. L. Dulsburg. — **Quablinburg und Hagenberg (Ortsverb.).** Sonntag, 28. Juli, nachm. 8½ Uhr außerordentliche Verbandsversammlung in Reinick. „Gasthof Zum goldenen Hirschen“. Thema: „Die Gewerkevereine und die Politik“. Referent: Kollege E. S. u. L. Berlin. — **Stettin (Sängerklub der Gewerkevereine).** Die Übungsstunden finden jed. Dienstag abds. 9½ Uhr im Lokal Reich, Poststr. 5. Nat. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — **Stettin (Distriktsklub für Legel, Buchbinder und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr in d. Bümer, Schillerstr. 28, Ede Schöndorferstr. — **Thora (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Rauerstr. 62. — **Weißenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkevereine).** Übungsstunde jed. Dienstag, abends 8 bis 11 Uhr im Vereinsklub „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangslebende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntagabend im Monat Distriktsabend in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Singstunde im Verbandsklub Rheinal.

Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Am Sonntag, den 21. Juli findet das diesjährige

Agitationsfest

der Niederschlesisch-Lausitzer Gewerkevereine (G. V.) in Cottbus statt.

Unser Ortsverband hat alle Vorbereitungen getroffen, dieses Fest möglichst großzügig zu gestalten. Wir laden daher die werten Verbandskollegen und Kolleginnen dazu freundlich ein und erwarten einen zahlreichen Besuch.

Bahnverbindung nach allen Richtungen die denkbar günstigste. Zu den Zügen von 6-10 Uhr vormittags sind Kollegen, an blauer Schleppe kenntlich, zur Abholung auf dem Bahnhof.

Das Komitee des Ortsverbandes Cottbus. Der Vorstand

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsgehalt beim Kassierer P. Schumann, Wöhrenstraße 7.

Königsberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Ortsgehalt von 1 RM. beim Ortsverbandsvorstandenden H. Benhar, Vorderer Vorstadt 88.

Seitlingen, Müritzig (Ortsverband). Als Ortsverbandsgesellen erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pf. von Ortsverbandskassierer D. Bennewig, Rennbahnstraße 54.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsgehalt. Gewerkevereinsbureau, R. i. m. f. r. 7. Dasselbst befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

Wachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 RM. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Wachen, Walbertsteinweg 71.

Hagenberg u. Hagenberg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pf. von Ortsverbandskassierer R. o. q., Belpzigerstr. 26.

Sohsenmüssen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. beim Kollegen R. o. q., Kochstr. 10.

Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden Nachhilfe im Verbandsklub bei R. o. q. i. m. f. r. 7, Eberfeld, Erdlungsstraße 2. Dasselbst befindet sich auch die Rechtsanwaltskanzlei.

Hamburg-Altona. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterstützung. Karten sind bei dem Ortsvereinskassierern oder bei dem Ortsverbandskassierer S. Schulz, Hamburg, Königstr. 36 III erhältlich.

Wibersach a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 RM. Ortsgehalt, beim Ortsverbandskassierer J. S. Schneider, Saugauerstr. 24. Herberge zum roten Ochsen, Marktplatz.

Weißenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege R. o. q., Belpzigerstr. 26.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 RM. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Eilfstraße 49 (Jägers Gastwirtschaft).

Edin und Mühlheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 1 RM. Unterstützung im Gewerkevereinsbureau, Severinstr. 118 I.

Him a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 RM. Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Bauengasse 17.

M. Glaback-Meyde (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pf. Reiseunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Ehrlicherstraße 180. Dasselbst auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.

Madeberg l. Sach. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgehalt im Betrage von 75 Pf. bei dem Kollegen Richard Wenzel, Albeberggraben 16.

Billige, kleine Wohnungen. Berlin SO., Südbornstr. 12.

Hackerstraße und Hagenberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erh. eine Reiseunterstützung von 1 RM. Karten im Hederstraße, von Kollegen R. Berndt, Gaußstr. 19, in Fergelow 5. Kollege E. B. r. n. f. o. w., Rarfürststr. 7.

Coarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei dem Ortsvereinskassierer oder im Sekretariat Saarbücken a. Reuweißerstr. 42.

Probleme der Arbeiterpsychologie?

unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinshebungen.

Vortrag des Prof. Dr. Hertner auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Nürnberg.

Zu beziehen vom Verbandsbureau zum Preise von 80 Pf., 10 Exemplare 2,50 RM.